

1876.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltenze Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

Mr. 196.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Bosen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 18. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Berlin, 16 März. Dem Rechtsanwalt und Notar Schuch in
Potsdam ist vom 1. April d. J. ab die Verleugung seines Wohnsitzes nach
Wittenberg geistet worden. Die Ernennung des Kreisrichters
Schann in Tempelburg zum Rechtsanwalt in Schönlank ist
auf das Ansuchen desselben zurückgenommen worden.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. März bei Beratung des Kultusetats (Provincial-Schulkollegien), wo gegen das in den Elementarschulen eingeführte Lesebuch Beschwerden erhoben wurden, hat auch der Abg. Kantatz eine längere Rede gehalten, die in dem obenb. Kammerbericht nur unvollständig und nicht ganz richtig wiedergegeben war (vgl. Dienstag, Mittagnummer). Da es für unsere Leserschaft nicht gleichgültig sein kann, was im Abgeordnetenhaus über Verhältnisse unserer Provinz gesprochen wird, so geben wir hier die Rede nach dem stenographischen Bericht wörtlich wieder, wobei wir nur die einschneidenden Bemerkungen weglassen. Nachdem der Abgeordnete für Glogowitz-Mogilno-Gnesen darzuthun gesucht hat, daß die polnischen Abgeordneten die Anschauungen ihrer polnischen Wähler vertreten, so er folgt:

er fort:
Angeichts dessen, sage ich nun, giebt es auch nicht ein einziges Mitglied der königlichen Regierungen oder, um auf diesen Titel zu kommen, des Provinzial-Schulkollegiums polnischer Nationalität, das nicht mit den polnischen Interessen vertraut wäre. Wir hatten einen Regierungsrath, meine Herren, er war lange Jahre im Dienst als Leibarzt, Direktor und endlich Provinzialschulrath. In dieser langen Dienstzeit hat er sich durch wahrhafte Humanität neben treuer Pflichterfüllung die Liebe seiner Untergebenen, die Achtung aller derjenigen, die mit ihm gleich gestellt waren, und ich kann wohl sagen, auch das Vertrauen seiner Oberbefehls erhalten. Es war der Regierungsrath Milenowski, und ich möchte wohl sehen, ob der Herr Kultusminister die-
seiner Charakteristik widersprechen wird oder ihm irgend etwas in dem ganzen Wesen überhaupt vorzuwerfen hat. Da wurde es auch einmal die immer bei uns wohl, im Interesse des Dienstes" notwendig, diesen Mann nach Minden zu versetzen, Görl! Görl! im Centrum bei den Poien) und kein Wunder, meine Herren, daß ein Mann, der in seinem Dienste alt geworden war, der durch alle seine Verdienste und Familienbande verwachsen mit dem Landestheil, in dem er so lange segensreich gewirkt hatte, der Frau und Kinder hatte, in dem Alter nicht mehr Lust verspürte, nach Minden oder irgend einer der schönsten Gegend — denn es ist auch einmal geschehen worden, daß der Herr Minister seine Mitarbeiter darauf, und noch anderen Bedenken zu verlegen, (Heiterkeit) zu gehen, ist natürlich, und er hat sich niehergelegt.

Von welchem Geist aber die Rapporte der Provinzialkollegien und der Behörden ausgingen, dafür erlaube ich mir Ihnen ein Beispiel anzuführen, das ich zwar bereits einmal berührt habe, das aber hier zu verwerthen ich ganz am Orte sein dürfte. Es ist dies der Antrag einer polnischen Baronin um die Erlaubniß zur Anlegung einer höheren Mädchenschule. Ich selbst hatte mich dafür verwendet und der Herr Minister hatte die Güte gehabt, mir eine gründliche Prüfung zu verordnen; ich bezweifle auch nicht, daß er diese gründliche Prüfung haben werden lassen, aber — auf Grund wessen? Auf Grund eines Beschlusses, unterzeichnet: v. Wagnern, damals in Posen, jetzt wenn ich nicht irre in Bromberg Regierungspräsident. In diesem Beschlusse steht nun: „diese Dame hätte im Institut der Ursulinerinnen Unterricht empfangen, wäre dann an einer polnischen Lehranstalt beschäftigt gewesen und es wäre daher vorzuziehen, daß die beabsichtigte Anstalt eine polnische des Ultramontanismus werden müßte; dann wäre dieselbe auch mit allen polnischen Adelsfamilien im Großherzogthum Posen verwandt, (Ruf im Centrum: Schrecklich!) sie würde einen Einfluß auf die künftigen Frauen ausüben und die polnischen Frauen werden einen solchen auf die Männer und Kinder.“ (Gelächter im Centrum und bei den Polen) Weiter heißt es: „was der Abgeordnete gesagt geschrieben“, nämlich in meiner befürwortenden Eingabe, „daß eine mildere Preis geberstet hätte, wäre wohl wahr, aber ich wage die Nothwendigkeit der Abwehr vor, (Aha! im Centrum und bei den Polen), und deshalb müßte, wenn auch die Qualifikation der Betheiligten nicht zu leugnen wäre, doch die Sache negativ entschieden werden.“ Meine Herren, wenn solche Rapporte erstattet werden, so ist es der Zentralkasse und dem Herrn Kultusminister kaum zu denken, wenn sie schlecht informiert sind über unsere Verhältnisse und Bedürfnisse.

Ich nun auf diesen Karl den Großen zu kommen, (Seiterleit.) Ich weiß es mich, daß gerade heute der Herr Ministerialkommissar ein solches Biaz aus seinem Schulhause anführt, daß, es hiesie darin die Le te wären selber christlich und dann in herisch gemorden.“ Ich bin ihm als Seitenstück dazu damit dienen was erst vor einiger Jahren in einer Unterrichtsanstalt zu Vosen vorgekommen, gelegentlich einer Revision höherer Töchter Schulen, zu welcher, wenn ich nicht irre, ein höherer Ministerialbeamter aus Berlin beordert worden war. Ich fragte ein Mädchen: zu welcher Konfession gehörte Karl der Große? Das Mädchen antwortete einfach: zur Litthauischen. Nun, wenn ein Christ, rief jener Herr empört. (Große Seiterleit.) Nun, wenn ein Christ, würde ich wünschen, daß der Herr Kultusminister erachten möchte in welcher Art wohl Veranstellungen getroffen werden könnten, daß auch das Interesse der polnischen Bevölkerung in Angelegenheiten des Schulwesens mehr vertreten wäre und daß die Stimmen solcher Vertretung mehr an ihm selbst für nothwendig, und zwar aus dem Grunde, weil ein solcher als Einbeobachter, mit den Ministerialkommissarien völlig Vertrauter auch wirklich Staatsbeamten untauglich sein sollte, wird der Herr Kultusminister wohl nicht behaupten wollen, und haben wir ja auch einen solchen gehabt, dem nichts noch überworfen werden konnte. Daß aber ein Pole seinen Fähigkeiten nach zum mindesten nicht qualifizirt sein sollte, glaube ich, wird der Herr Minister auch so weniger behaupten. Daß aber nicht ein jeder Deutscher so fähig ist, selbst, wenn er im Lande anständig, dastehen, Pommeren, Schlesien und allen möglichen Landestheilen ganz fremd hineingekneipet werden und ihnen fremdartige, vollständig unverständliche Verhältnisse und die der Sprache, des Naturells der Schüler, und der Verhältnisse des Landes unklar, will ich nur von den Ansässigen und Eingeborenen

borenen sprechen. Davon leſern mir meine zwei ehrenwerthen Kollegen Witt und Hundt v. Haſſten ein Beiſpiel. (Heiterkeit.) Der verehrte Kollege Witt hat ja eine große Mäßigkeit, er ſpricht mit einer Gelindigkeit, mit einem ſo gewiſſen Wohlwollen, daß ich vollſtändig anerkenne, aber aus allen ſeinen Reden, meine Herren, iſt eine ſonderbare Furcht vor dem Volenthum, namentlich vor dem Poloniſtwerden erſichtlich, der er ja mehrmals Ausdruck gegeben hat: „meine Herren, wir werden poloniſirt, die Regierung muß Maßregeln treffen“, und dergleichen mehr — bei einer ſolchen Furcht aber kann man doch wohl kaum objektiv und mit ungetrübter Brille die Verhältniſſe betrachten. Mein weiterer Kollege, Herr Hundt v. Haſſten, hat wiederholt erklärt: keine Maßregel der Regierung den Polen gegenüber wäre ihm energiſch genug, und obendrein kämen dieſe Maßregeln noch immer zu ſpät. (Abg. Hundt v. Haſſten: Sehr wahr!) Ich nehme dieſes „Sehr wahr!“ von Herrn Hundt v. Haſſten auf und lege es Ihnen vor: „man kann niemals energiſch genug gegen die Polen auftreten“. Das ſagte Herr Hundt v. Haſſten, der bei uns anſäßig und vielleicht geboren iſt, und ſo beurtheilt er die Verhältniſſe! Habe ich da nicht Recht wenn ich ſage, daß ein Pole noth thut um Kreiſe der Schulbehörden?

Ich überlasse es dem Herrn Minister, was er thun will, möchte aber den Wunsch aussprechen, dies doch einmal zu erwägen. Hat er es erwogen, nun dann kann er ja noch immer thun, was er nicht lassen kann. (Bravo!)

Derſelbe Abgeordnete ergriff in der bezeichneter Sitzung noch einmal bei dem Titel „Gymnaſien und Realschulen“ das Wort. Nach dem stenographiſchen Bericht lautet der weſentliche Theil dieſer Rede des Herrn Kantel wie folgt:

Ich wende mich ohne Weiteres zu dem Punkt der Schülerfrequenzverminderung. Meine Herren, es hat sich der Herr Kollege Richter (Sangerhausen) veranlaßt gesehen, wegen der Frequenzverminderung einzelner Gymnasien eine Frage an das Kultusministerium zu stellen: „Verzucht das Sinken der Frequenz auf materiellen Umständen oder muß eine störende Einwirkung des Kirchenkonflikts angenommen werden?“ Die königliche Staatsregierung antwortet darauf in Betreff der Gymnasien, die mich hier näher interessieren: in Scharum wäre die Frequenzverminderung, vielleicht in Folge der nicht eben glücklichen Verwaltung des früheren Direktors“ eingetreten. Ich lasse dahingestellt, inwieweit diese Verwaltung nicht eben glücklich war; ich weiß nur so viel, daß seitens der königlichen Staatsregierung ein Verfahren auf Abfigung und dergleichen gegen diesen Direktor eingeleitet wurde und daß er nur mit einer Klage davonkam. In wie weit aber noch andere nicht gerade gegen den Direktor sprechende Gründe zu diesem Verfahren vorgelegen haben, will ich nicht weiter berühren. In Betreff des Gymnasiums in Wöhrn wie heißt es: dort wäre die Frequenzverminderung eine Folge der Auflösung der städt. zurückgegangenen Vorschule. Nun, meine Herren, ich würde bei dem Gymnasium in Wöhrn ganz besonders noch einen anderen Grund annehmen, und zwar die nicht eben glückliche Auflösung des Direktors, eines Dr. Matthias Buchhoff aus Weilmünster, früher Rektor des Progymnasiums in Kietberg und Premierlieutenant der Landwehr a. D., der mit den Verhältnissen des Landes und Bedürfnissen der Bevölkerung vollständig unbekannt dorthin kam und gleich von vornherein durch sein Benehmen bei einem großen Theile der Bevölkerung Anstoß erregte. Aber auch darauf werde ich nicht eingehen. Ich will nur dem Herrn Kollegen Richter, da die Staatsregierung eine direkte Antwort, ob hier eine störende Einwirkung des Kirchenkonflikts angenommen werden muß, vollständig übergebt und darauf weder mit einem Ja noch mit einem Nein antwortet, zu seiner Information und zugleich zur Information des Hauses anführen, daß nicht nur auf diesen Anstalten, sondern auch auf anderen Anstalten im Großherzogthum Hessen, auch in städtischen, die Frequenz sich vermindert hat und daß auf diese Frequenzverminderung der Kirchenkonflikt nicht ohne Einfluß geblieben ist. In dieser Hinsicht liege eine Erklärung des Direktors Geist an der städtischen Realschule zu Bosen vor, die auch in den Zeitungen wiederholt worden ist, worin er sich direkt auf den Mangel an Religionsunterricht, eine Folge des Kirchenkonflikts, und auf die Aufhebung der polnischen Parallelklassen, also die Entziehung der polnischen Unter-

Bei der Verlesung des Tit. 12 „Elementarschulen“ vom Kultus-
etat in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. d. ergriff auch
der Abg. Witt-Bogdanowo das Wort, um die ungleiche Verteilung
der Schullasten, besonders mit Bezug auf die Provinz Posen, zur
Sprache zu bringen. Die Rede ist in dem von uns benutzten Parla-
mentsbericht nicht erwähnt; wir geben dieselbe daher nachstehend im
Anonymistischen Wortlaut:

Hennographischen Wortlaut:

M. S., ich habe nur das Wort ergreifen, um in ein paar Worten einige von den Klagen des H. n. Abg. v. d. Goltz zu befähigen. Der Herr Regierungskommissar hat eben auf die großen Grundbesitzer Bezug genommen, und ich möchte im Anschluß an das, was der Herr Abg. Richter gesagt hat, bemerken, daß auch noch der anderen Seite hin der Mangel eines Unterrichtsgesetzes sehr fühlbar ist, nämlich in Bezug auf die ungleiche Verteilung der Schullasten und damit der Bedrückung der bäuerlichen Besitzer, der ländlichen Gemeinden das Vordringen der bürgerlichen Besitztümer in vielen Provinzen noch existiert. Wir durch, daß das Schulpatronat in den Güterbesitzern bekannt, der auf 14 000 ist z. B. in der Provinz Posen ein Gutbesitzer besitzt, der auf 14 000 Moränen 8 Schulen, zumeist nur für seine eigenen Arbeiter besitzt und voran, obgleich er sonst viel für seine Leute thut, er absolut nichts zu denen, obgleich er sonst viel für seine Leute thut, er absolut nichts beitragen verpflichtet ist, weil er das Schulpatronat über alle diese Schulen besitzt. Da er keinen Fortbestand mehr auf seinem Besitzthum hat, und so die Unmöglichkeit eintritt, durch die Lieferung von Holz die Schulbauten zu unterstützen, wie es das Schulpatronat verlangt, so hat derselbe für diese 8 Schulen fast gar nichts beizutragen, Sie sehen also, m. S., daß umgekehrt der bäuerliche Besitzer, die ländlichen Gemeinden durch diesen Umstand vielfach sehr bedrückt werden, und auch um diesen Dingen herbeizuführen, das Schulgesetz sehr notwendig ist. Auf der anderen Seite möchte ich mich auch dem, was wenig ist. Auf der anderen Seite, von ganzem Herzen anschließen. Es der Hr. Abg. Richter gesagt hat, von ganzen Herzen anschließen. Es der Hr. Abg. Richter gesagt hat, von ganzen Herzen anschließen. Es der Hr. Abg. Richter gesagt hat, von ganzen Herzen anschließen. Es der Hr. Abg. Richter gesagt hat, von ganzen Herzen anschließen.

meinden oft zur blühenden Laß werden, Unzufriedenheit im Lande erwecken, und die dadurch eigentlich gegen ihn arbeiten, und ich möchte seine Aufmerksamkeit besonders auf die Provinz Posen in dieser Beziehung lenken. Es wird dann aber auch von solchen Behörden häufig viel zu scharf und in verkehrter Weise vorgegangen. Man hat moderne Prinzipien der vielsässigen Schule aufgestellt, und wendet dieselben häufig auf die einsässigen, kleinsten Dorfgemeinden an. Die Bauverwaltung tritt hierzu mit akademischen Plänen, und man zwingt dann die Gemeinden statt einfacher nützlicher Schulhäuser weit über ihre Leistungsfähigkeit kleine Paläste zu bauen. Ich erinnere mich in dem blühenden kultivirten Lande Hannover, daß man auf einem Gut oder in einer Gemeinde ein Schulhaus für 1500—2000 Thlr. zu bauen im Stande war, welches den Anforderungen vollständig genigte; jetzt werden bei uns, wo die Verhältnisse lange nicht so glänzend sind, auf dem flachen Lande Schulhäuser in oft recht leistungsunfähigen Gemeinden verlangt, die 8—10,000 Thlr. kosten. Dies Ueberdrehen des praktisch nothwendigen Maßes dient der guten Sache nicht, sondern tritt ihr entgegen; das schädigt die Laß und Liebe zur Schulbeitragspflicht, sowie zum Bau der oft dringend fehlenden Schulen. Dann wird auch von den Regierungen oft in wirklich engherziger Weise die Unterstützung zu solchen neuen Schulbauten verweigert, und die Gemeinden nur in ganz geringer Weise unterstützt. Viele Gemeinden wären am Ende wohl im Stande, ein solches Gebäude, wenn es erst fertig gebaut wäre, dauernd zu unterhalten, nicht aber sofort neben allen anderen Verpflichtungen in dieser Höhe aus der Laß zu bezahlen. Ich möchte, daß auch nach dieser Seite hin die k. Staatsregierung ihre wohlmeinenden Intentionen ausführe, indem sie die Regierungen anweist, humaner und wirtschaftlich verständiger den Gemeinden gegenüber zu verfahren.

Die Kommissionsberatungen über den Gesekentwurf betreffend die Geschäftssprache der Behörden, haben dem „Dziennik Pommanski“ zufolge am 14. d. M. Abends um 7 Uhr begonnen. Die Sitzung dauerte bis 11 1/2 Uhr Nachts. Den Minister des Innern vertrat der Ministerialrath Ersforth und den Justizminister der Ministerialrath Delschläger. Man beriet zuerst darüber, ob eine zwei oder dreimalige Lesung des Gesekentwurfs stattfinden sollte. Die polnischen Abgeordneten beantragten eine dreimalige Lesung, die Kommission indessen entschied sich für eine zweimalige. Hierauf schritt man zur Verhandlung über § 1 des Gesekentwurfs, doch wurde dieselbe nicht beendet und wird noch eine Sitzung in Anspruch nehmen. Die polnischen Abgeordneten tritten am Anfange der Sitzung dem preussischen Landtage die Kompetenz ab, Gesetze zu geben, welche die Verfassungen der Wiener Traktate und der preussischen Monarchen aufheben sollten. An Stelle des § 1 beantragten die polnischen Abgeordneten folgendes Amendement: *Alle Nichtdeutschen, die im preussischen Staate wohnen, haben das Recht sich ihrer Muttersprache in allen Angelegenheiten mit den Behörden und Beamten zu bedienen.* „Also ganz im Gegentheil mit den Intentionen der Vorlage verlangten die polnischen Herren die absolute Gleichberechtigung der fremden Muttersprache im amtlichen Verkehr, d. h. eine Ausdehnung der nationalen Privilegien bis zur äußersten Grenze, von welcher sie bis jetzt selbst in der Provinz Posen noch ziemlich entfernt waren. Wie der Korrespondent des „Dziennik“ schreibt, haben die polnischen Abgeordneten bereits die Hoffnung aufgegeben, daß der Gesekentwurf abgelehnt werden wird. Doch konstatiert der Korrespondent mit Befriedigung die Thatfache, daß sich bei den Beratungen der Kommission kein solcher „Widerwille und Haß gegen die Polen“ gezeigt habe, wie bei der Generaldebatte im Landtage.

Ueber die erste Sitzung der Kommission wird aus deutscher Quelle noch Folgendes mitgetheilt:

Referent ist der Abg. Beiseritz (Kreisgerichtsdirektor in Kosen, Vertreter für Sagan-Sprottau, nationalliberal.) In der Generaldebatte protestirte die Bole gegen das Gesetz und erhob die Einrede der Inkompetenz. Der Vorstoß wurde von anderen Abgeordneten und den Regierungsvertretern zurückgewiesen. Letztere gaben statistische Mittheilungen über den Gebrauch der polnischen Sprache seitens des polnischen Volkes, woraus sich ergab, daß, abgesehen von Testamenten, die Zahl der gerichtlichen Akte in polnischer Sprache sehr abnimmt. Zu § 1 beantragt der Abg. v. Cuno statt „Verbörden“ zu setzen: „Verwaltungsbehörden“ und das zweite Alinea des § 1 „ein schriftlicher Verkehr mit denselben ist nur in deutscher Sprache gestattet“ zu streichen. Darauf erklärte der Regierungskommissar, daß nach Streichung dieses Alinea das Gesetz für die Regierung unannehmbar sein werde. Auf die Klagen der Bolen wegen Vernachlässigung ihrer Sprache hat der Kommissar des Justizministers geantwortet mit einer Reihe von statistischen Daten geantwortet, welche außerordentlich lehrreich sind. Das bisherige System der Parität der Sprachen sei gar nicht mehr durchführbar, da die Justizverwaltung je länger um so weniger in der Lage sei, mit der polnischen Sprache vertraute Richter zu gewinnen. Die nationalpolnischen Elemente ziehen sich grundsätzlich von dem Staatsdienste zurück und alle Reizmittel, deren sich die Regierung bedient hat, um nichtpolnische Juristen durch Gehaltszulagen und die Aussicht auf rasche Beförderung zum Erlernen der polnischen Sprache zu bewegen, haben sich als unwirksam erwiesen. Die Regierung hat polnischen Studenten, wenn sie sich der Jurisprudenz widmen wollen, Stipendien bewilligt und in einer Reihe von Fällen haben die Betreffenden nach Beendigung ihrer Studienzeit dem Richteramt den Rücken gekehrt. Dieser Beobachtung parallel läuft die andere, daß die Zahl der Eingaben in polnischer Sprache sich in den letzten zehn Jahren sehr erheblich vermindert hat (im Vagatell-Brosch beispielsweise ist dieselbe von 168 auf 4 gesunken).

Es scheint uns hierzu noch folgende Aufschrift zu gehören, welche
 Br. d. d. St. aus der Provinz Posen zugeht:

der „Nordd. Allg. St.“ aus der Sitzung vom 10. März. Abgeordneter von Jandewski nach dem Bericht in Ihrer geschätzten Zeitung: „Gegenwärtig herrscht in der Anwendung und Auslegung dieses Gesetzes (zu Kapitel 118, Tit. 3 Bisthum Osnabrück und Bielefeld) bei uns in Posen eine Rechtsunsicherheit, die geradezu unglaublich ist.“ Ja, wenn es eine Posen gäbe, möchte dieser Ausdruck sehr wahr sein, wie die Geschichte lehrt. Dieser Redner vertritt aber einen preussischen Kreis im preussischen Landtage. Leider scheinen dieser Rede keine Preussen beizugehört zu haben, welche eine solche Auffassung zu-

rückweisen. Ist es aber Ansehnlichkeit derselben nicht die höchste Zeit, daß unsere Regierung als Amtssprache nur die „deutsche“ haben will?
Ein Preuße und Deutscher aus der preussischen Provinz Posen.

Hierzu ist zu bemerken, daß sich das betreffende Wort „Polen“ nur als Druckfehler in die „Nordb. Allg. Z.“ eingeschlichen hat. In dem uns zugegangenen Bericht heisst es „Posen“. Ebenso heisst es in den ausführlichen Berichten, welche der „Dziennik Poznański“ und der „Kurjer“ mitgeteilt haben, nicht „Polen“ sondern „Posen“.

Deutschland.

△ Berlin, 16. März. Die Mittheilungen der Presse über die Vorarbeiten für ein sogenanntes Rothschandengesetz können als richtig bezeichnet werden, jedoch steht eine unmittelbare Vorlage desselben nicht in Aussicht. Von vornherein war man in Regierungskreisen darauf vorbereitet, daß die Bewilligung größerer Mittel unter Mitwirkung des Landtages nicht werde entbehrt werden können. Von diesem Gesichtspunkte aus sind allerdings Vorarbeiten schon seit einiger Zeit eingeleitet worden und die Nothwendigkeit eines solchen außerordentlichen Credits ist durch die neuesten Meldungen, namentlich aus Posen und der Rheinprovinz, immer entschiedener hervorgetreten. Es läßt sich augenblicklich aber noch nicht ermitteln, wann die Vorlage an den Landtag gelangen kann, da der Umfang der erforderlichen Beihilfe aus Staatsmitteln erst dann festzustellen ist, wenn sich der angerichtete Schaden in annähernder Vollständigkeit wird übersehen lassen. — Gegen Ende des vorigen Jahres hat der Fürst von Montenegro die Genfer Convention unterzeichnet und es hat sich in Cetinje ein Verein für die Pflege der im Felde verwundeten und erkrankten Krieger gebildet. Die nächste Veranlassung zur Bildung des Vereins ist die Sorge für die Pflege der nach Montenegro aus der Türkei geflüchteten Christen und der dorthin aus der Herzegowina und Bosnien übergetretenen verwundeten Aufständischen gewesen. Die Zahl der Flüchtigen und Verwundeten wird auf mehr als 60,000 angegeben. Zur Unterstützung des Vereins sind Abgeordnete des genfer Komitees in Montenegro eingetroffen. Nicht minder kräftig hat sich der Sache die Gesellschaft zur Pflege verwundeter und erkrankter Krieger in Russland angenommen. Diese Gesellschaft, welche unter dem unmittelbaren Protektorat der Kaiserin steht, hat eine Sanitäts-Abtheilung ausgerüstet und nach Montenegro geschickt, wo sie in den ersten Tagen dieses Jahres eintraf. Dieselbe wird von dem General-Bevollmächtigten der Gesellschaft, Fürsten Wassitschiff, geleitet und sind ihr noch einige andere Bevollmächtigte, 4 Aerzte, 8 barmherzige Schwestern, 2 Chirurgen, 1 Apotheker, 1 Verwalter, außerdem Diener, Wächter u. s. w. beigegeben.

□ Berlin, 16. März. In seiner heutigen Sitzung beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus hauptsächlich mit der Kunst. Man könnte sagen, daß zu dem politischen Theil heute das Genie des Verhandelns geliefert wurde. Den Hauptgegenstand bildete die Verhandlung der Kunstausstellungen, und es ergab sich zur Evidenz, daß hier heillose Zustände bestehen, die eine durchgreifende Reform aufs Dringendste erfordern. Mit Hilfe der Wendung am Mittwoch war es dem Hause gelungen, über die Hauptthesen für den künftigen Kulturkampf hinwegzukommen. Einen Nachhall zu den Erörterungen über die Universitäten bildete bei Beginn der heutigen Sitzung der Minungsaustausch der Herren Schlüter (Rechtsanwalt in Witten, Fortschritt.) und v. Schorlemer über den katholischen Charakter der Akademie zu Münster, und Abg. Birkow hatte Gelegenheit, die treffende Bemerkung zu machen, daß es dem Staate auf die Dauer unmöglich sein werde, die katholisch-theologischen Fakultäten beizubehalten. Als Referent der Budgetkommission begründete er dann deren Anträge zu dem Kapitel Kunst und Wissenschaft, insbesondere den Antrag bezüglich der Kunstausstellungen. Hiernach soll künftig dafür Sorge getragen werden, daß für jede einzelne Abtheilung eine genügende Summe zu sachlichen Ausgaben ausgetheilt und den Abtheilungsdirektoren zur freien Verfügung gestellt, ferner ein größerer Dispositionsfonds vorbehalten wird, dessen Verwendung auf Grund von Vorschlägen stattfindet, welche unter dem Vorsitz des Generaldirektors von allen Abtheilungsdirektoren gefaßt werden. Zweitens soll im Interesse der in hohem Grade gefährdeten Entfaltung der Kunstausstellungen die baldige Besetzung der vakanten und bisher nur provisorisch verwalteten Stellen herbeigeführt werden. Der berühmte Historiker Mommsen (Vertreter für Rothschandengesetz-Kalau) entwarf in einer bedeutenden Rede jedoch ein so drastisches Bild von dem Zustande der Museumsverwaltung, daß der vorstehende Antrag zu leicht befunden wurde. Das Schwergewicht der Verwaltung, führte er aus, beruhe auf den Abtheilungs-Direktoren; diese müssen so gestellt sein, daß sie sich völlig frei bewegen können, aber ihre Stellen waren und sind so gering dotirt, daß sie nur einen Nebenberuf bilden. Im Weiteren schilderte er den außerordentlich schmerzlichen Instanzenzug, der hier herrscht. Von der Resolution versprach der Redner sich keine große Wirkung; eine durchgreifende Reform müsse versucht werden, die Instanzen vermindert, das Generaldirektorium abgeschafft, eine wirkliche Verwaltung von Abtheilungsdirektoren direkt unter dem Ministerium hergestellt werden. Der Abg. Petri brachte darauf die sogenannten moabitischen Alterthümer, von denen in letzter Zeit wiederholt die Rede gewesen ist, zur Sprache, worauf Mommsen erklärte, es unterliege keinem Zweifel, daß hier eine Fälschung der schlimmsten Sorte stattgefunden habe, doch treffe die Generaldirektion kein Vorwurf, da auf allerhöchste Anordnung der Königl. Dispositionsfonds angegriffen worden sei. Das Resultat der sehr lehrreichen Debatte war, daß ein Antrag von Mommsen, Lasker und Genossen angenommen wurde, welcher die Erwartung ausdrückt, daß die Königl. Staatsregierung eine Reorganisation in der Verwaltung der Kunstausstellungen im Sinne der Vereinfachung und Dezentralisation baldigst in Angriff nehmen werde. Aus den weiteren Verhandlungen heben wir hervor, daß der Abg. Löwe die Gründung einer Theater-Akademie als Staatsinstitut in eingehender Weise besprach und von dem Regierungssitze die von der offiziellen Preß: des öfteren abgegebene Erklärung empfing, die Verhandlungen über die Angelegenheit seien noch in der Schwebe, und die Regierung stehe ihr noch neutral gegenüber.

BAC. Berlin, 16. März. [Die Geschäfts-Sage im Abgeordnetenhaus.] Nachdem nunmehr die Städteordnung für die städtischen Provinzen (exkl. Posen) und das Gesetz über die Provinz Berlin nebst einigen anderen Gesetzentwürfen von minderer Wichtigkeit im Abgeordnetenhaus eingebracht worden sind, stehen von größeren Vorlagen nur noch das Gesetz wegen der Einberleiung

Lauenburgs in die preussische Monarchie und die Vorlage wegen Ermächtigung der preussischen Regierung, mit dem König wegen des Uebergangs der preussischen Staatsbahnen und der Hoheitsrechte des preussischen Staates an den Privatbahnen in Unterhandlungen zu treten, in Aussicht. Das Maß der Arbeiten für die gegenwärtige Landtagssession ist damit voll. Selbst bei Anspannung aller Kräfte und bei der Einschränkung der Plenarverhandlungen auf das knappste Maß kann eine Bewältigung des Arbeitspensums dieser Session vor Ende Juni kaum in Aussicht genommen werden. Schon der Umstand, daß das Gesetz wegen der Einberleiung Lauenburgs eine Verfassungsänderung involvirt, insofern als dadurch die durch Artikel 69 der Verfassung festgesetzte Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses um einen Vertreter Lauenburgs erhöht wird und mithin in jedem der beiden Häuser eine zweimalige Abstimmung mit einem Zwischenraum von je 21 Tagen erforderlich ist, dehnt die Zeitdauer der Session über die anfänglich in Aussicht genommene Frist hinaus. Je mehr also die Aussichten schwinden, daß der Landtag frühzeitig seine Arbeiten zu schließen vermag, um so dringender erhebt sich das Verlangen, daß die Zeit der Mitglieder nicht durch ermüdende Debatten über abgethane Dinge in Anspruch genommen werde. Je mehr Plenarsitzungen mit leeren Wortgeschäften ausgefüllt werden, um so weniger Sitzungstage bleiben für die materiellen Geschäfte übrig und es muß, wenn diese nicht zu lange liegen bleiben sollen — das Herrenhaus darf gegen den Schluß der Session hin doch auch nicht zu sehr mit Arbeiten überhäuft werden — zu dem Auskunfts-mittel von Abendsitzungen gegriffen werden, die, abgesehen davon, daß dadurch die Kräfte der Mitglieder übermäßig angespannt werden, nach einer alten Erfahrung für gründliche Beratungen nicht sehr tauglich sind. Noch ist von den wichtigeren Vorlagen keine einzige nach Abschluß der Kommissionsberatungen zur zweiten Beratung im Plenum gelangt; die zweite Hälfte der Session wird daher mit Plenarsitzungen überhäuft sein und es gilt, die Kräfte der Mitglieder für die wichtigen Geschäfte, die dann an sie herantreten werden, frisch zu erhalten. Dazu tritt noch ein weiteres Moment, welches gegen die Ausdehnung von Debatten spricht, die nach Lage der Sache zu gar keinen positiven Beschlüssen führen können; die immer deutlicher sich bekundende Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegen Landtagsverhandlungen im Stile der letzten Debatten über den Etat des Kultusministeriums. Man verfolgt stets mit Interesse Verhandlungen, aus denen man einen Einblick in die Bedeutung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses verlangt; man vermag aber Debatten, in denen hundert Mal gesagt Dinge zum einhundertundsteinsten Male wiederholt werden und die zu keinem positiven Ergebnis führen, kein Interesse abzugewinnen. Für parlamentarische Körperschaften kann es aber gewiß nicht gleichgültig sein, ob ihre Verhandlungen im Lande mit Theilnahme begleitet werden oder aber Ueberdruß zu erregen beginnen. Es ist neulich bereits in den Verhandlungen selber gegen eine derartige Verschleppung der Debatten eine ernste Mahnung ausgesprochen worden; ob dieselbe beherzigt werden wird, muß freilich dahingestellt bleiben, da ja im Abgeordnetenhaus Geschäfte betrieben werden, die mit den Landesinteressen sehr wenig zu thun haben.

— Seitens der holländischen Regierung soll dem ehem. Bischof Martin von Baderborn, der bekanntlich auf holländischen Gebieten weilt, bedeutet worden sein, daß man nicht gewillt sei, sich seinetwegen mit dem mächtigen Grenz Nachbar zu entzweien, falls er fortfahren sollte, von den Niederlanden aus auf seine ehemaligen Diözesanen oberhirtlich einzuwirken.

— Wie die „Elf. Z.“ zuverlässig erzählt, beabsichtigt der Kaiser, der Königin von England während ihres Aufenthaltes in Deutschland einen Besuch abzustatten. Voraussetzungen sind, daß derselbe in Baden-Baden stattfinden, wohin sich der Kaiser von Wiesbaden begeben dürfte. Die Abreise der Königin Viktoria nach dem Kontinent wird in den letzten Tagen des laufenden Monats erfolgen. Ihrer Ankunft in Baden sieht man bereits am 1. April entgegen. Auf den kontinentalen Eisenbahnen wird sich die Königin eines sehr komfortablen Spezialzuges bedienen, den sie für sich und ihre Familie in Brüssel hat erbauen lassen. Die Königin reist im strengsten Incognito voraussetzlich als Gräfin Rosenau, welchen Namen sie nach einem bei Koburg belegenen Lieblingsgasthofe ihres Gemahls zu führen pflegt. In Baden-Baden, wo die Königin auch mit der großherzoglich badischen Familie und den Hamiltons zusammentrifft, wird sie etwa 8 bis 10 Tage verbleiben. Sie hat bereits eine Villa dort mieten lassen, in welcher sie abzusiegen gedenkt. Der Hauptzweck ihrer Reise nach Baden-Baden geht bekanntlich dahin, das Grab ihrer Stiefschwester, der verstorbenen Fürstin von Hohenlohe-Langenburg wiederzufinden, auf welchem sie ein kostbares Denkmal hat errichten lassen. Von Baden begibt sich die Königin nach Koburg, gleichfalls zu einem achtstägigen Aufenthalte. Voraussetzlich wird dann auch Herzog Ernst, der nicht unbedenklich erkrankt ist, aus Italien, (wobin er vor einigen Tagen abreiste) wieder zurückgekehrt sein. In Koburg oder vielleicht schon Baden-Baden wird die Königin mit ihrer Tochter, der Kronprinzessin und der Prinzessin Alice von Hessen und deren Familie zusammentreffen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch die Kaiserin sich zum Besuche der Königin, mit der sie eng befreundet ist, nach Koburg begibt.

— Der Bericht der Eisenbahn-Untersuchungskommission kann am nächsten Mittwoch nicht, wie bestimmt war, auf die Tagesordnung kommen, da an diesem Tage die Sitzung wegen des Geburtstages des Kaisers ausfällt. Der konservative Abg. Hr. v. Below-Saleske, welcher das Redetourenler eröffnen sollte, ist, wie wir schon meldeten, erkrankt, seine leidende Gemahlin in den Süden zu begleiten. Unter den vorliegenden Verhältnissen ist ihm, wie er der „Voss. Ztg.“ mittheilt, die Pflicht, einen längeren Urlaub zu nehmen, besonders schwer geworden. Er habe, schreibt er, seitens seiner politischen Freunde den Auftrag übernommen, die Stellung der Konservativen zum Verichte zu präzisieren und „auch bei dieser Gelegenheit den Beweis zu liefern, daß es der Partei nicht um eine Gränderhege, sondern um Ruhmarmachung des sachlichen Materials allein zu thun sei, da nur solch eine Behandlung den Nutzen für die Gesamtheit garantirt.“ Der öffentlichen Meinung seien die Gründe hinlänglich bekannt, um von einer Naivität im gesetzgebenden Körper Abstand zu nehmen. Wer von der konservativen Partei in dieser Sache im Hause reden wird, ist Herr v. Below zufolge noch nicht bestimmt.

— Die „Voss. Ztg.“ macht auf eine „Cur non?“ betitelte Broschüre eines freisinnigen Priesters der Erzdiözese Köln, welche für eine eheleiche Durchführung der Trennung von Staat und Kirche eintritt, wie folgt aufmerksam:

In der Vorrede sagt der Verfasser, daß die kirchliche Richtung des freisinnigen Katholizismus, welche mit dem Ultramontanismus nichts als die Anhänglichkeit an die Grundlehren der katholischen Kirche gemeinsam hat, keineswegs todt sei, wie man seit dem vatikanischen Konkile mehrfach irrtümlich behauptet habe. Sehr treffend schildert der Verfasser das Treiben ultramontaner Blätter, deren Redakteure gewissermaßen die Bischöfe des niederen Klerus seien und trotz geringer Bildung Bannstrahl und Anathema mit einer, einer besseren werthen olympischen Ruhe handhaben. Die ultramontane Presse steht mit den wenigen Ausnahmen anständiger Organe der großen Dingen haufen, auf welchem die Denunziationen und Verdächtigungen der kirchlichen Gesinnung des katholischen Klerus zusammengetragen werden, und je ungenierter ein Blatt in diesem Artikel macht, um so fester steht sein ultramontaner Ruf. Eine Zeitungserkennung aber, welche ein ultramontaner Redakteur über einen Geistlichen verhängt, ist wirksamer, als es das Interdikt im Mittelalter war. Wenn man die Motivierung dieser Zeitungserkenntnisse ansieht, dann findet man regelmäßig keine religiöse, sondern rein politische Motive, um deren willen der Klerus an den Schandpfahl der ultramontanen Presse gestellt und verdammt wird.

— [Personalien.] Fürst Woldemar zur Lippe wird, wie man der „Voss. Z.“ aus Detmold vom 14. d. M. schreibt, sich zum Geburtstag des Kaisers nach Berlin und von da nach Detmold begeben. — Wie die „D. Reichs-Z.“ hört, ist der Geh. Reg. Rath a. D. Wagener nicht unbedenklich erkrankt. — Der Erkrankungsantrag durch die „Kreuz-Ztg.“ ist, wie schon bekannt, dadurch, daß die Fraktion der Konservativen auf 5 Mann reduziert worden. Das oben genannte Parteiblatt widmet ihm folgenden Nachruf: Durch das am 14. d. M. erfolgte Hinscheiden des Abgeordneten Herrn v. Wedell-Beßingsdorf hat die konservative Partei wiederum einen schmerzlichen Verlust erlitten. Herr v. Wedell gehörte der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses an und vertrat das Wahlkreis Kyritz-Saackig. Von dem Verbands des alten und berühmten Grundbesitzers seines Heimatbezirks war er längst als Vertreter in das Herrenhaus gewählt worden, hatte jedoch, da er hier noch nicht eingetreten war, sein Abgeordnetenmandat bis jetzt weiter geführt. Seine schwere Erkrankung hielt ihn fern von den letzten Sitzungen. Herr v. Wedell-Beßingsdorf war längere Zeit Vizepräsident des Kongresses deutscher Landwirthe, als welcher er wegen seiner vermittelnden Weise ganz besonders aller Hochachtung gewürdigt.

München, 13. März. Die Wiener „Polit. Korresp.“ lieft aus München vom 9. d. schreiben, daß die augenblickliche Lage eine sehr gespannte sei und wußte selbst von einer hochgradigen Bestimmung des Königs über das Echo, welches die Erklärung des Staatsministers v. Pfirschners über die Reichseisenbahnfrage auf halb Vaterland gefunden habe, zu erzählen. An dem Allen ist, wie man der „Nat. Ztg.“ schreibt, kein wahres Wort und es beruht auf besondere das, was über eine Bestimmung des Königs gesagt wurde, geradezu auf Erfindung. Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Nachrichten aus derselben, nämlich ultramontanen Quelle kommen, aus welcher die Nachricht von dem angeblichen Rücktritt Herrn von Lutz entsprungen ist. Herr von Lutz und überbaupt sämtliche Minister genießen fortwährend das volle Vertrauen des Königs, und so lange das der Fall ist, wird es der Zweifelsfrage Majorität der ultramontanen Kammerfraktion nicht gelingen, eine Personaländerung, geschweige denn eine Systemänderung in der Regierung zu bewerkstelligen. — Der Schwurgerichtshof von Oberbayern hat in der heute gepflogenen Einspruchsverhandlung des vormaligen I. Kammerers und Majors a la suite Ernst v. Linden das vom oberbairischen Schwurgerichtshof am 16. Dezember v. J. gegen denselben gefällte Urtheil von 4 Monaten Gefängnis wegen Beleidigung des deutschen Kaisers, verurtheilt einen Artikel in der hier erscheinenden „M. fr. Volksztg.“ einzufügen, nachdem der Angeklagte weder persönlich erschienen war, sich hatte vertreten lassen.

Frankreich.

Paris, 14. März. Das Programm des neuen Ministeriums (welches durch den Telegraphen in ziemlich ausführlicher Weise mitgeteilt worden ist), ist keine Botschaft mit schroffen Aussagen, wie es bisher leider üblich war, sondern eine aus der Staatsgeschöpfung liberalen Prinzipien-Erklärung. Der Präsident des Ministeriums hat diese Mittheilung unterzeichnet, und sie macht ihm seinen Kollegen Ehre. Frankreich hat nur in den wenigen altem Ausnahmementen seiner modernen Geschichte ein so edel klingendes und doch dem Fortschritte huldigendes Programm neuer Regierung vernommen. Der Präsident der Republik hat diesem Schritte seinem Namen Ehre. Es steht zu Frankreichs nur zu hoffen, daß die Kammern die nöthige Selbstbeherrschung und Energie haben, die Durchführung dieser Politik zu ermöglichen. Im Senat wurde die Verlesung des Programms entschiedenem, bei vielen einzelnen Stellen und am Schlusse vorbrechenden Beifall aufgenommen. Das Abgeordnetenhaus hat sich dazu etwas kühler. Die äußerste Linke schrie beharrlich gemäßigter Linke, die stärkste Partei des Hauses, gab ihre Zustimmung nur bei dem Ausfall gegen die kriegerischen Gelüste früherer Regierungen und bei der Stelle, welche die freihändlerischen Tendenzen neuen Kabinetts betont, zu erkennen. — Die scharfe Betonung der Loyalität der Religion und Moral, der Familie und des Ehrthums beweist, daß die französische Regierung sich mit den europäischen Mächten zur Aufrechterhaltung der Grundlagen der Gesellschaft solidarisch verbunden erachtet und gemeinsam mit den Monarchien dem Geiste des Umsturzes entgegenzutreten gedenkt, der sich in Europa regt. Das Cabinet Dufaure hat sich als einen republikanischen Regierung zu einer solchen Erklärung, welche die Uebernahme einer feierlichen Verpflichtung gleichkommt, um so verbunden erachtet, und es darf für dieses entschlossene Verhalten des Beifalls des gesammten Europa gewiß sein. Die französische Republik, deren erstes Ministerium das Cabinet Dufaure ist, erachtet durch einen wesentlich anderen Charakter als die Verurtheilung zweimal in Frankreich mit der Begründung republikanischer Verfassungen gemacht worden sind und zweimal die napoleonische Dynastie den Thron geführt haben. Die früheren republikanischen Institutionen Frankreichs bildeten, abgesehen von dem ihnen innewohnenden torischen und propagandistischen Charakter, nur die anscheinend mündliche Vorbereitung für jene Politik der Abenteuer, welche die Geschichte des ersten und zweiten Kaiserreichs charakterisirt. Die Politik der Abenteuer sagt die neue Regierung sich feierlich und bewußt los, so oft n wie noch keine vor ihr. Europa nimmt von dieser Vertheilung Akt in der Zukunft, daß die politischen Parteien Frankreichs in weissen und maßvollen Haltung der Regierung in der Pflege stehenden guten Beziehungen zum Auslande ihre volle Unterstützung leisten werden. Einen nicht minder erfreulichen Eindruck

Bromberg 16. März. [Abiturienten-Prüfung.] Zweifelhafte Abenteuer! Gefeiern fand im hiesigen lateinischen Gymnasium unter dem Vorsteh des Provinzial-Schulrathes Herrn Polte eine Abiturientenprüfung statt. Die drei Abiturienten, welche sich der Prüfung unterzogen hatten, wurden sämmtlich für reif erklärt, einer wurde von der mündlichen Prüfung dispensirt. — Zwei Knaben, die Söhne hiesiger Beamten, welche zusammen eine hiesige höhere Unterrichtsanstalt besuchen, kamen, wahrscheinlich weil ihnen das Still-

figen in der Schule nicht mehr behagte, auf den Gedanken, in die Wälder zu gehen und dort wie „Schillers Räuber“ ein „freies Leben“ zu führen. Sie versahen sich zunächst mit den nöthigen Geldmitteln, die ihnen anfänglich ihre Sparbüchsen, dann aber auch die nicht erlaubten Griffe aus der Wirtshauskassette der Mama lieferten. Nachdem sie sich mit diesem Gelde die zu ihrem Räuberleben notwendigen Requisiten: einen Dolch, ein Beil, Pulver und Blei, eine Flinte und einen Topf besorgt hatten, machten sie sich an einem Nachmittage der letzten vergangenen Tage auf den Weg und zogen auf der schubiner Chaussee dem Walde zu. Als sie denselben betreten hatten und hier sich nun seitwärts in die Büsche schlagen wollten, wurde dem jüngeren angebenden „Räuber“ die Sache leid. Es war kalt, unheimlich piffte der Wind durch die Bäume; er dachte an die warme Stube daheim und wie es bei „Muttern“ doch besser sei als draußen im Walde; er erklärte daher dem älteren Knaben, der ihn zu diesem abenteuerlichen Schritte verleitet, daß er ihm nicht weiter folgen wolle, sondern umkehren beabsichtige. Davon wollte der ältere aber nichts wissen, verstand sich jedoch endlich mit dem Jüngeren ab, sie wollten die Fahrt in die Wälder mit der Eisenbahn machen. Sie traten nun den Rückweg an, um auf dem Bahnhofe hieselbst mit irgend einem Zuge sich davon zu machen. Inzwischen war indessen ihr Vorhaben zu Hause bekannt geworden und wurden von ihren Angehörigen zurückgebracht.

Friedheim, 15. März. [Brennereien.] Auf den in unserer Nähe gelegenen Gütern Radomsko und Kaiserwalde sind im verflossenen Sommer 2 Brauereibrennereien entstanden, dieselben sind bereits in vollem Betriebe. Auch eine 3. Brennerei soll in diesem Jahre auf dem Gute des Rittergutsbesizers Herrn Rosenau in Broskowo erbaut werden.

J. Znowobrazlaw, 13. März. [Luisenfeier. Abiturientenprüfung. Grundstücksverkauf. Hausführung.] Der 100jährige Geburtstag der Königin Luise wurde auch in unserer Stadt durch Feste begangen. In den Lokalen der Stadt fanden Festreden, Deklamationen und Gesangsveranstaltungen statt. Der Feier im lal. Gymnasium wohnte auch der Provinzial-Schulrath Holte bei, unter dessen Vorsitz am 11. d. M. eine Abiturientenprüfung stattfand, bei welcher 4 Abiturienten das Maturitätszeugnis erhielten. — Das der Wittne Solz gebörige, am hiesigen Markte belegene Grundstück ist für den Preis von 24.000 M. in den Besitz des Kaufmanns Wzjesinski übergegangen. — Eine in der vergangenen Woche bei den nächsten Schatzgräbern der Marienkirche abgehaltene Hausführung nach etwa gefundenen Wertgegenständen blieb ohne Erfolg; die betreffenden nächtlichen Besuche haben sich in letzter Zeit häufig wiederholt und sind die Thäter ebenfalls zur gerichtlichen Anzeige gebracht worden.

Ver mis ch t e s.

* **Ein überaus trauriges Ereignis,** schreibt die „Kreuz-Ztg.“ unterm 16. ds. aus Berlin, hat sich hier zugetragen. Der Oberst v. Sodenstern im Kriegsministerium, Abtheilungs-Chef im Departement für das Invalidenwesen, hat in dieser Nacht seine Frau und dann sich erschossen. Auf dem Tische fand man einen Zettel, auf welchem steht: „Wenn ich mich erschossen, wird meine Frau nicht mehr am Leben sein.“ Das Ehepaar war kinderlos. Eine andere Zeitung berichtet: „von Sodenstern ist 51 Jahre, seine Gattin 29 Jahre alt (eine geb. von Hype), beide sind in R. sei geboren und lebten seit zehn Jahren in glücklicher Ehe. Seit einem Jahre erkrankte die Gattin an einem Frauenleiden, welches ein hiesiger Arzt für unheilbar erklärte, so daß ihr nur noch eine kurze qualvolle Lebensdauer beschieden sei. Schon früher hat Oberst von Sodenstern gedankt, er würde den Tod seiner Gemahlin nie überleben. Beide hatten nun beschlossen, gemeinschaftlich zu sterben. Sie nahmen Gift und hierauf erschoss der Oberst seine Frau und sich; — die bereitwilligen Diener fanden die 2 Leichen.“ — Der amtliche „Polizei-Bericht“, welcher das Ereignis ohne Nennung der Namen meldet, sagt übereinstimmend über den Beweggrund zur That: „Als Motiv der That giebt er (der Oberst) in einem hinterlassenen Schriftstücke selbst an, daß er aus unbegrenzter Liebe zu seiner Frau sie nicht länger heftungslos leiden sehen konnte und mit ihr im Tode vereint sein wollte.“

* **Einem Berichte aus Oberberg** entnehmen wir die Mittheilung, daß dort bei der Wasserbaath ein entsetzliches Verbrechen geplant, aber glücklich vereitelt worden ist. In der Nacht zum Sonntag nämlich traf eine Deichwache auf dem Diederichs gegenüber der Stadt Zellin vier Kellern, an welche dabei waren, den Damm zu durchbrechen, was ihnen auch bis auf etwa einen noch fehlenden Fuß gelungen sein soll. Sie stoben beim Herannahen des Wächters in einen Handkahn und rühten über die Dier, ohne leider gefast oder erkannt zu werden. Der kühnste Plan, 5-6 Quadratmetern zu überschwemmen, um vielleicht einige Grundstücke wasserfrei zu machen, war dadurch glücklich vereitelt. — Im Uebrigen ist das Wasser der Dier in den letzten Tagen sichlich gefallen, so daß die Bewohner des Diederichs bereits wieder mit ihren Viehheerden von den Höhen- und Wiesen in ihre Wohnungen und Wirtschaften zurückgekehrt sind. Dagegen hat der orkanartige Sturm in der Nacht zum Montag durch die von ihm gewirbelten Wellen den Damm der alten Dier an mehreren Stellen durchbrochen so daß das Wasser wieder mit Gewalt in die Feldmarken gedrückt ist. Speziell bei Oberberg hat der Sturm an e Verwüstungen angerichtet, er hat einen großen Theil der auf dem oberberger See lagernden Hölzer an die Stadt getrieben, wo sie sich vor der Brücke festgesetzt haben und die ganze Wiesenfläche neben

der Stadt, Kreuz und quer durcheinander gewirbelt, bedrückt. Die Masse dieser Hölzer wird auf ca. 15-20.000 Stücke geschätzt.

* **Die Vegetarianer.** In England nimmt die Zahl derjenigen, welche sich nur von Pflanzenkost nähren, fast täglich zu. Dieselben genießen nicht einmal Fett und Butter, sondern sie bereiten ihre Speisen nur mit Pflanzenöl. In keinem Lande sind die Vertreter dieser Richtung aber auch so thätig, wie in England. So ist jetzt wieder in London eine von denselben herrührende Schrift erschienen: „Die Kunst, mit täglich einer Mark zu leben und zu heirathen“, welche beweisen soll, daß die Vegetarianer weit bequemer durchs Leben kommen, als die Fleischesser. Ferner behaupten sie, daß der Charakter des Menschen durch die Fleischnahrung verändert und dem des Thieres ähnlich werde, von dem der Mensch am häufigsten äße. Es giebt aber gar manchen zweibeinigen Esel, der niemals Eselsfleisch gefressen hat.

Briefkasten.

W. in P. Das Gesetz vom 1. Mai 1851, betr. die Einführung einer Klassensteuer und klassifizierten Einkommensteuer schreibt über die Reklamationen und Demonstrationen folgendes vor: Die Reklamation gegen die Klassensteuer - Veranlagung ist innerhalb dreier Monate nach Ablauf des für die Offenlegung der Klassensteuer-Rolle in der betr. Gemeinde bestimmten Zeitraums bei der k. Regierung zu Händen des Gemeindevorstandes (Magistrats) anzubringen. Gegen den Bescheid der k. Regierung ist der Refers an den Finanzminister binnen 6 Wochen nach Zustellung des Bescheides der k. Regierung zulässig. — Gegen die Veranlagung zur klassifizierten Einkommensteuer ist die Demonstration innerhalb 6 Wochen vom Tage der Einbringung des Benachrichtigungsschreibens über die Einschätzung an die Einschätzungskommission zu Händen des Vorsitzenden derselben (in der Stadt Posen ist dies Polizeipräsident Staudy) zulässig. Nachdem ein Bescheid von dieser Kommission erfolgt ist, kann innerhalb dreier Monate nach Einbringung des Benachrichtigungsschreibens über die Einschätzung die Reklamation gegen diesen Bescheid an die Bezirkskommission für die klassifizierte Einkommensteuer zu Händen des Vorsitzenden der Einschätzungskommission gerichtet werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Belgrad, 17. März. In Folge der jüngsten Minister-Konferenz ist eine Kabinettskrise eingetreten und eine Kabinettswechsel bevorstehend.

Bukarest, 17. März. Die Neuwahlen zum Senat sind auf den 11. April angeordnet worden.

Verzeichniß der hiesigen Schutzmannschaft.

Polizei-Inspektor K. u. g., Bureau Bismarckstr. 5. I. Revier, Polizeikommissarius Behr, Wasserstr. 17, II. Revier, Polizeikommissarius Crusius, Kl. Gerberstr. 8, III. Revier, Polizeikommissarius Kätchner, Halldorfstr. 34, IV. Revier, Polizeikommissarius Bengli, Mühlentstr. 5, V. Revier, Polizeikommissarius Schilorra, Vencianerstr. 14/15, VI. Revier, Polizeikommissarius Tiele, Baderstr. 21, Polizei-Anwalt, Polizeikommissarius Bleich, Bureau Bismarckstr. 5, Wohnung Kl. Gerberstr. 8, Kriminal-Beize: Polizeikommissarius Katschaw, Bureau Bismarckstr. 5, Wohnung St. Martin 55, Polizeikommissarius Mißbach, Bureau Bismarckstr. 5, Wohnung Kl. Gerberstr. 52

Schulzeute. Nr. 1. Japf, Schützenstr. 7, Nr. 2. Lawrence, Breitstr. 9, Nr. 3. Großf. Markt 79, Nr. 4. Andzejewski, Jeryce 87, Nr. 5. Klimaszewski, Mühlentstr. 34, Nr. 6. Redlich, Gr. Ritterstr. 8, Nr. 7. Sandmann, Breiterstr. 25, Nr. 8. Schulz, II. Kl. Ritterstr. 2, Nr. 9. Kiste, Graben 20, Nr. 10. Schmidt, St. Martin 29, Nr. 11. Martin, Wiskerei 17, Nr. 12. Marzkeiner, Baderstr. 13c, Nr. 13. Schmiedke, Schießerstr. 2, Nr. 14. Schulz I., Jeryce 63, Nr. 15. v. Helwert, Gr. Gerberstr. 28, Nr. 16. Wald, St. Adalbert 40, Nr. 17. Eshert, Gr. Ritterstr. 16, Nr. 18. Katalajal, Graben 8, Nr. 19. Die, Gahoge 12, Nr. 20. Gekalla, Schulstr. 11, Nr. 21. Meißner, Ballischei 94, Nr. 22. Fink, Gr. Ritterstr. 3a, Nr. 23. Wachsmehl, Kanonenplatz 10, Nr. 24. Gendemann, St. Martin 25, Nr. 25. Richter, Ballischei 32, Nr. 26. Wöbus, Schulstr. 12, Nr. 27. Radochka, Kl. Gerberstr. 5, Nr. 28. Wicker, Flurstr. 3, Nr. 29. Schulz II., Schützenstr. 13, Nr. 30. Jentlema, Gr. Ritterstr. 67, Nr. 31. Hofe-richter, Lindenstr. 5, Nr. 32. Stottto, Schuhmacherstr. 2/3, Nr. 33. Wimmer, Flurstr. 3, Nr. 34. Korikowski, St. Martin 38, Nr. 35. Hauße, Halldorfstr. 24, Nr. 36. Bieger, Graben 4, Nr. 37. Otto, Kanonenplatz 10.

Aufruf.

Am 13. d. M. ist unser ohnehin armes Städtchen vom großen Unglück heimgesucht worden. Es brach Feuer aus und ergriff bei heftigem Sturm binnen einer Stunde 23 Wohnhäuser und 51 Neben- und Wirtschaftsbauwerke, die es alle bis auf den Grund einäscherte. Einundsechzig Familien mit 261 Köpfen sind obdachlos geworden und bei der Verheerung des Heuers nicht im Stande

gewesen ihre Habeligkeiten zu retten. Die Noth ist groß, größer als das Vertrauen in die Mithätigkeit unserer Mitmenschen. richten wir an Alle, die ein süßendes Herz haben, die Bitte, obgleich durch milde Gaben, sei es an Geld, Kleidungsstücken, oder Futter für das Vieh der Abgebrannten, lindern zu helfen. Unterthänigst wird der Apotheker Matthies, sonstige Gabe Bürger Konstantin Binet in Empfang nehmen.

Abelnau, den 15. März 1876

Das Komite	
v. Dallwig, Landrath.	v. Schweinichen, Oberstlieutenant d. Armee.
Harhausen, Pastor.	Berkowski, Bitar.
Constantin Binet, Ackerbürger.	Dr. Seidel, Kreis- und Stadtarzt.
Schmidt, Distriktskommiss.	Joseph Wzjesinski, Stadtrath.
Seelig Hoffmann, Korporationsvorsteher.	Constantin Wzjesinski, Stadtrath.
Jakob Lychewel, Schulvorsteher.	Martinez, Bürgermeister.

Erin, den 16. März 1876

Die geehrte Redaktion ersuche ich erlaube ich die in der Nummer Ihres geschätzten Blattes über die hundertjährige Feier der Königin Luise von hier aus gebrachte Noth in Posen gefälligst berücksichtigen zu wollen: 1) Es ist nicht richtig, daß der Provinzial-Schulrath die Leitung der gedachten Feier an den königlichen Seminar übernommen hätte, da die Leitung der Festlichkeiten derselben obliegt und diese Pflicht und Recht auch stets von ihm geübt worden ist; Herr Beyer hat auf die gedachte Feier bezüglich den Vortrag als Geschäftsvorgang nicht mündlich gehalten. 2) Bedarf es für den Lehrer der königlichen Anstalt durchaus nicht des „vollen Muthes“, um seinen Patriotismus offen zu bekennen; es vielmehr eine Pflicht, die aus der erzieherischen Rücksichtnahme des Lehrers gegen seine Schüler notwendig resultiert. Was die dem Korrespondenten gemachte Apothekse an die Geistlichen Sinn haben soll, ist völlig unverständlich, da die Anstalt seit dem Pension des Direktors keinen einzigen Geistlichen unter ihren zählt und die Stadtgeistlichen in keiner Beziehung zu derselben und sich auch in keiner Weise an ihren Festlichkeiten betheiligen. dem sehr dankenswerthen Interesse, welches der Korrespondent Anstalt zu beugen scheint, hätte er füglich nicht verschweigen sollen, daß die Festlichkeit im Seminar selbst, eine solche in der Uebungsschule unmittelbar vorangegangen war, bei welcher der Seminarlehrer Kufalka einen sehr eingehenden, erheuernden Vortrag über das Leben und Wirken der unvergesslichen Königin Luise deutscher und dann auch für diejenigen Kinder, die der Sprache noch nicht mächtig sind, in polnischer Sprache gehalten worauf seitens der Uebungsschüler einige patriotische Lieder wurden. 4) Die Anstellung des Lehrers Luda an dem hiesigen nare hat das königliche Provinzial-Schul-Kollegium zu Posen zurückgenommen; was an diesem Umstand in der betreffenden Korrespondenz geknüpft wird, gehört in das Gebiet der Vermuthungen.

Zafraniski,
Seminarlehrer,
s. B. Vertreter des Direktors.

* **Stimmen des Lobes über Dr. Tiedemann's Präparate gegen Schwachzustände** hören wir von allen Seiten und zwar in Uebereinstimmung des größten Theiles der unseren ersten Autoritäten der Medizin. Wenn sich die Kritik aus günstig über ein neues Heilmittel ausdrückt, so muß wohl eine Bürgerkraft liegen für den wahren innern Wert und gerade aus diesem Grunde verdienen dieselben auch der Presse eine immer weitere Verbreitung. Nachstehendes glaubwürdige Urtheil eines Fachgelehrten entnehmen wir dem 10. Theile des Bresl. Int. Bl.: „Daß ich Dr. T. Tiedemann's Präparate für einen mir sehr befreundeten jungen Mann, der durch die bösen Folgen geheimer Jugendlinden schwach war, mit dem besten Erfolge gebraucht, bestätigte diese Zeilen. Ebenfalls bestätigte, daß sowohl das Elzir, als Balm in keiner Weise schädlich wirkende Anordnungen enthalten nur solche, welche stärkend und für den Organismus wirken und spreche demgemäß mein unbefangenes Urtheil, daß diese Mittel als die vorzüglichsten aller mit mir benutzten Präparate dieser Gattung zu empfehlen sind.“

Dr. Xaver Landerer,
Professor an der kgl. Universität
Ritter hoher Orden etc.

*) Vergl. Inseratenteil d. heut. Zeit.

Southampton, 15. März.

Das Post-Dampfschiff des Nordd. Lloyd „Hermann“, G. Reichmann, ist heute Mittag hier wohlbehalten von Southampton angekommen und hat um 3 Uhr die Reise nach Bremen fortgesetzt. Das Schiff bringt 83 Passagiere.

Eingekandt.

Posen, im März 1876.

Die Preussische Hagel-Vericherungs-Aktien-Gesellschaft

Will noch ihren Rechnungsabzählungen im Jahre 1874 einen Reingewinn von 231.553 Thaler und zwar pro 1875 einen solchen von 190.395 Mark erzielt und den Reservefond in diesen beiden Jahren auf 325.000 Mark gebracht, ja sogar einen zweiten Reservefond für unvorhergesehene Fälle von 10.000 Mark angesetzt haben! Bei einem solchen Geschäftsergebnisse ist es umso mehr höchst wunderbar wenn genannte Gesellschaft im Monat August vorigen Jahres so mangelhaft bei Kassa war, daß sie die Auszahlung ihrer Hagelentwädigungen in hiesiger Provinz nur dadurch bestreiten konnte, indem sie den Kredit ihrer General-Agenten in Anspruch nehmen mußte und ihre eigenen Accepte in Höhe von 150.000 Mark durch deren Vermittelung bei hiesigen Banken discountiren ließ. Auch im Jahre 1873 geschah dasselbe, daher

aufpassen!!

Königl. landwirthschaftliche Akademie Poppelsdorf

in Verbindung mit der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Das Sommer-Semester beginnt am 24. April d. J., gleichzeitig mit den Vorlesungen der Universität Bonn, an welcher die Akademiker auf Grund des von dem Director zu ertheilenden Aufnahmezeugnisses immatriculiert werden und hierdurch das Recht erlangen, alle für ihre allgemeine wissenschaftliche Bildung wichtigen Vorlesungen auch an der Universität zu hören. Der spezielle, durch besondere Vorträge für angehende Culturgelehrte erweiterte Lehrplan der Akademie, an welcher eilt der letzteren allein und fünf der Universität zugehörige Professoren und Dozenten wirken, ist in den Königl. Preussischen Amtsblättern und in den wichtigsten landwirthschaftlichen Zeitungen abgedruckt, auch auf Verlangen von dem Unterzeichneten zu erhalten, der jedwede gewünschte nähere, den Eintritt oder den Studiengang betreffende Auskunft ertheilt.

Der Director der landwirthschaftlichen Akademie,
Prof. Dr. Dunkelberg.

Französische Mülsteine

empfehlen zu herabgesetzten Preisen in großer Auswahl

A. Krzyzanowski.

Holzverkauf.

In dem Forste der Herrschaft Gzieszewo sollen an den Meistbietenden und gegen gleich baare Bezahlung 276 Eichen-Auschnitte mit 265,12 R. M.

94 Eichen	70,93
109 Kiefern	86,82
18 Birken	11,27
1 Erlen	1,10
2 Linden	1,99
1 Pappel	2,55
eine Partie Kiefern-Bauhölzer,	
6 Rm. M. Eichen-Rugholz-Kloben,	
428 Eichen-Schnittholz,	
239 Eichen	
180 Kiefern	
28 Birken	
88 Erlen	
275 Linden	
34 Aspen	
23 verschiedenes Knüppelholz	
207 im Termine	

Donnerstag, den 23. März c.,

Vormittags 9 Uhr,

in dem Gasthause zu Gzieszewo verkauft werden.

Die Forstverwaltung.



Montag den 20. d. M.

bringe ich wieder mit dem Frühlzuge einen großen

Transport frischmelender **Regbrücker**

Rühe nebst **Rälbern**

in **Keller's Hotel** zum Verkauf.

J. Klakow, Viehlieferant.

Torfstechmaschinen

mit den neuesten Verbesserungen und stabiler Construction, sowie alle zur Frühjahrsbestellung nöthigen landwirthschaftlichen Maschinen empfiehlt

die Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei von J. Moegelin in Posen.



S. Neumann,

Wilhelmplatz 3, Hôtel du Nord.

Wilhelmplatz Nr. 3, 1. Etage, ist die Ladeneinrichtung, feines Schreibpult, Glaspinde, eisernes Geldspind, Copiermaschinen, Leiter u. Drehstempel zu verkaufen.

Sonnenschirme und Fächer

empfehlen in größter Auswahl zu auffallend billigen Preisen

Gebr. Korach,

Markt 40.

Ein Flügel-Instrument,

wohl erhalten, steht umgehbar billig zum Verkauf

Gniefen-Neustadt Nr. 168.

Ausverkauf.

Sch verkaufe von heute

Lager von Haus- und

bedeutend ermäßigten

Preisen, um möglichst schnell

räumen, da mein Magazin

d. J. in mein Grundstück

verleige.

Moritz Braun

Markt 55.

Fahnen

mit Adler von 4-10

empfehle **S. Mucha**

Schloßstr.

Tapeten

größter Auswahl empfehlen

neuesten Dessins und offeriren

zu auffallend billigen Preisen

Zurückgelegte und neuer

tend herabgesetzten Preisen

Gebr. Korach

Markt 40.

Tapeten!

in reichster Auswahl zu billigen

preisen, sowie Glas- u.

waren en gros und

Flaschen zu herabgesetzten

empfehle

Julius Mannes

in

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Polizei-Verordnung vom 10. d. Mts. betreffend das Wiederbeziehen der durch das diesjährige Hochwasser überschwemmten Wohnungen mache ich bekannt, daß die Kommissionen, welche darüber zu befinden haben, ob die unter Wasser gestellten Wohnungen wieder bezogen werden dürfen, aus nachstehenden Personen gebildet sind.

A. Für das 1. Polizei-Revier.

- a. Königlicher Medizinalrath Herr Dr. Rehsfeld,
b. Polizeikommissarius Herr Behr,
c. Zimmermeister Herr Fickert, und
d. als Stellvertreter für letzteren Herr Schiffbaumeister W. Zunge.

B. Für das 2. Polizei-Revier.

- a. Königlicher Stadtschreiber a. D. Herr Dr. Paultz,
b. Polizeikommissarius Herr Grunius,
c. Kaufmann Herr Krzyzaniowski jun., und
d. als Stellvertreter für den letzteren Herr Kaufmann Moris Kuczyński.

C. Für das 3. Polizei-Revier.

- a. Königlicher Sanitätsrath a. D. Herr Dr. Seßli,
b. Polizeikommissarius Herr Kaethner,
c. Maurermeister Herr Hesselbein, und
d. als Stellvertreter für letzteren Herr Schornsteinfegermeister Teschke.

2. für den Grünen- und Bernhardenplatz.

- a. Königlicher Sanitätsrath Herr Dr. v. Kaczorowski,
b. Polizeikommissarius Herr Kaethner,
c. Maurermeister Herr Fiebig, und
d. als Stellvertreter für letzteren Herr Gutbesitzer v. Klotowski.

3. Fischerrei, Lange- und Wiesenstraße.

- a. Königlicher Sanitätsrath Herr Dr. Kramarkiewicz,
b. Polizeikommissarius Herr Kaethner,
c. Stellmachermeister Herr Kestlin, und
d. als Stellvertreter für letzteren Herr Rentier v. Zedtwig.

4. für die Schützen- und Halldorfsstraße.

- a. Königlicher Sanitätsrath Herr Dr. Samter,
b. Polizeikommissarius Herr Kaethner,
c. Oberlehrer Herr Dr. Witulski, und
d. als Stellvertreter für denselben Herr Kaufmann Rudolph.

D. 5. Polizei-Revier.

- a. für die Grundstücke rechts der Wallfischbrücke bis zur Dombrücke.
b. Königlicher Stadtschreiber a. D. Herr Dr. Hirschberg,
c. Polizeikommissarius Herr Schifora,
d. Hausbesitzer Herr Kaminski, und
e. als Stellvertreter für denselben Herr Drechslermeister Kaskowski.

2. für die Grundstücke links der Wallfischbrücke bis zur Dombrücke.

- a. praktischer Arzt Herr Dr. Samter,
b. Königlicher Polizeikommissarius Herr Schifora,
c. Rentier Herr Wögelin, und
d. als Stellvertreter für denselben Herr Bäckermeister Mengel.

3. für die Grundstücke in Ostrowel, Schroda, Zagorze, Zawade und im Städtchen.

- a. praktischer Arzt Herr Dr. v. Gasiorowski,
b. Königlicher Polizeikommissarius Herr Schifora,
c. Kaufmann Herr D. Kantorowicz, und
d. als Stellvertreter für denselben Herr Hausbesitzer Hajducki.

Die Anträge auf Wiederbenutzung der überschwemmt gewesenen Wohnungen sind an den Polizei-Kommissarius des Reviers zu richten.
Posen, den 14. März 1876.

Der Polizei-Präsident.
Staudy.

Die Herren Mitglieder des hiesigen Verschönerungs-Vereins werden eingeladen, zu einer

General-Versammlung

am Sonnabend, den 25. März

3. Mittags 12 Uhr in dem

Sitzungs-Saale des Königl. Ober-Prä-

sidiums gefälligst sich einzufinden.

Gegenstände der Verhandlung sind:

1) Ertheilung der Decharge zu den

Rechnungen pro 1874 und 1875.

2) Errichtung des Jahresberichts.

Posen, den 14. März 1876.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Der zum Siebenwittwensfeld gehörige,

in der Thorstraße belegene Obstdgarten

ist auf die Zeit vom 1. April 1876

bis zum 1. April 1877 verpachtet

worden.

Hierzu steht

Donnerstag,

den 23. März c.

Vormittags 10 Uhr,

Termin im Waisenhaus-Neustr. 10 an.

Pachtlustige werden mit dem Be-

zwecken eingeladen, daß die Pachtsumme

in Terminen zu erlegen ist. Die

Bedingungen sind im Armen-Bureau

anzusehen.

Posen, den 2. März 1876.

Der Magistrat.

Die Lieferung von:

976 Bettungsrippen à 4,5 M.

lang, 0,16 M. im □ stark,

an den Mindestfordernden verge-

ben werden, wozu auf

Wittwoch den 5. April c.,

Vormittags 10 Uhr,

im Bureau des unterzeichneten Artillerie-

Depots Termin anberaumt wird.

Schriftliche Offerten mit der Auf-

gabe der

Bedingungen liegen in unserem Bu-

reau aus und können gegen Entrich-

tung der Schreibgebühren bis 8 Tage

vor dem Termin requirirt werden.

Posen, den 8. März 1876.

Artillerie-Depot.

Bekanntmachung.

Die königliche Domaine **Nechau** im Schrimmer Kreise, ca. eine halbe Meile von der Kreisstadt Schrimmer und gegen 3 Meilen von der Eisenbahn-Station Czempin entfernt, soll auf achtzehn Jahre und zwar von Johannis 1876 bis Johannis 1894 im Wege des öffentlichen Ausgebots anderweit verpachtet werden, zu welchem Behufe wird Termin auf

Freitag

den 5. Mai d. J.,

Vormittags 11 Uhr,

in unserem Sitzungszimmer anberaumt haben.

Die Domaine besteht aus:

1. dem Vorwerk Nechau, enthaltend an:
Acker . . . 330,263 Hectar
Gärten . . . 1,394 do.
Wiesen . . . 89,561 do.
Weiden . . . 60,718 do.
Holzungen . . . 0,669 do.
Berge . . . 8,234 do.
Gewässer . . . 1,305 do.
Hofräumen . . . 1,534 do.
zusammen 493,683 Hectar

2. dem Vorwerk Pellberg, enthaltend an:
Acker . . . 141,690 Hectar
Wiesen . . . 4,624 do.
Weiden . . . 4,880 do.
Berge . . . 1,938 do.
Hofräumen . . . 0,580 do.
zusammen 153,712 Hectar.

Das festgestellte Pachtgeld-Minimum beträgt 12000 Mark. Die Pachtkaution ist auf 4000 M. und der Werth des Vieh- und Wirtschaftszuwendens, mit welchem die Pachtstücke befest zu halten sind, auf 48,000 M. festgesetzt.

Jeder, der sich beim Bieten betheiligen will, hat sich vor dem Termine bei dem Licitations-Kommissarius über den eigenthümlichen Besitz eines disponiblen Vermögens von 84000 M. sowie über seine landwirtschaftliche und sonstige Qualifikation auszuweisen.

Die übrigen Pachtbedingungen und die Licitations-Regeln, sowie die Karten, Vermessungs- und Bonifications-Register, das Gebäude-Inventarium u. können vor dem Termine sowohl in unserer Domainen-Registatur während der Dienststunden, als auch in Nechau bei dem gegenwärtigen Pächter, Oberamtmann **Kinder** eingesehen werden, welcher nach vorheriger Anmeldung auch die Befestigung der Pacht-Objecte gestatten und sonstige Auskunft erteilen wird.

Posen, den 11. Februar 1876.

Königliche Regierung,

Abtheilung für directe Steuern,

Domainen und Forsten.

Bergengroß.

Arzt-Gesuch.

In der Stadt **Poltz** i. Schl.

findet ein thätiger Arzt, lohnende Praxis.

Geirtes Einkommen als Kommunal-

armenarzt 450 R-M. Auf portofreie

Anfragen erteilt nähere Auskunft der

Magistrat.

Ein adl. Gut

im Großherzogthum Posen, 1/2 Meile

von der Kreis- und Gymnasialstadt,

2530 Morgen groß, mit einem Grund-

steuer-Reinertrage von 1754 Thlr. ein-

geschätzt, ist mit 45 Thlr. pro Morg.

zu verkaufen. Adressen sub 5 574 be-

fordert die Annoncen-Expedition von

Rudolf Wosse in Posen.

Tausch-Offerte.

Eine Herrschaft in Galizien, 6000

Morgen inklusive 2500 Morgen alter,

dicht bestandener Nadel- und Eichenwald,

wird auf eine größere Herrschaft in der

Pr. Posen zu tauschen gesucht; jede

baare Anzahlung wird geleistet. Bei

einem ganz großen Komplex können

auch noch einige Güter in Russisch-

Polen, nahe der Grenze, in Zahlung

gegeben werden. Geneigte Offerten

nimmt **J. F. Nabuske in Frau-**

stadt entgegen.

Jüdische

Schlächtere-Verkauf.

In guter Lage einer Provinzialstadt

a. Harz v. 30,000 Einwohner ist ein

3stöckiges Wohnhaus, mit Seitengebäude,

gr. Hofraum u. fl. Garten, worin seit

langen Jahren jüd. Schlächtere (die

einzige in der Stadt) schwunghaft be-

trieben wird, für 12,000 Thlr. mit

6000 Thlr. Anzahlung zu verkaufen.

Gefl. Offert. sub **N. 812 Ru-**

dolf Wosse in Halberstadt erbeten.

Gründl. Unterricht in allen weibl.

Handarbeiten erteilt **A. Hummel,**

St. Martin 34. II.

Jeden Donnerstag Vor-

mittags 10 Uhr Verkauf von

feinern Bau- u. Schneide-

Holzern.

Wierzonka

(A. v. Maruschka).

Bekanntmachung

der Konkurseröffnung und des offenen Arrestes.

Konkurs-Eröffnung.

Kgl. Kreisgericht zu Breschen, Abtheilung I,

den 15. März 1876, Vormitt. 9 Uhr.

Neben den Nachlaß des Probstes

Johann Zudziejcki zu Wiko-

slaw ist der gemeine Konkurs im

abgekürzten Verfahren eröffnet worden.

Zum einstweiligen Verwalter der

Masse ist der Kaufmann **Constantin**

Winzowski jun. zu Breschen be-

stellt.

Die Gläubiger werden aufgefordert,

in dem

auf den 28. März 1876,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Konkurs-Kommissar Kreis-

Richter v. Brandt im Zimmer Nr. 1

unseres Geschäftslokales anberaumten

Termine die Erklärungen über ihre

Vorschläge zur Bestellung des definit-

iven Verwalters abzugeben.

Alle diejenigen, welche an die Masse

Ansprüche als Konkursgläubiger machen

wollen, werden hierdurch aufgefordert,

ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits

rechtshängig sein oder nicht, mit dem

dafür verlangten Vorrechte bis zum

12. April 1876 einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll

anzumelden und demnachst zur Prüfung

der sämtlichen, innerhalb der ge-

dachten Frist angemeldeten Forderungen

auf den 24. April 1876,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem Kreisrichter v. Brandt im

Zimmer Nr. 1 unseres Geschäftslokales

zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich ein-

reicht, hat eine Abschrift derselben und

ihre Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in

unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz

hat, muß bei der Anmeldung seiner

Forderung einen zur Prozeßführung bei

uns berechtigten Bevollmächtigten be-

stellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Be-

kenntnis fehlt, werden die Rechte-

Anwälte **Weber** und **Thiel** zu

Sachwaltern vorgeschlagen.

Allen, welche von dem Gemeinschul-

ner etwas an Geld, Papieren oder

anderen Sachen in Besitz oder Ge-

wahrsam haben, oder welche ihm etwas

verschulden, wird aufgegebten, Nieman-

dem davon etwas zu verabsolgen oder

zu geben, vielmehr von dem Besitze

der Gegenstände bis zum

15. April 1876 einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der

Masse Anzeige zu machen und Alles,

mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte,

zur Konkursmasse abzuliefern.

Pfandinhaber und andere mit den-

selben gleichberechtigte Gläubiger des

Gemeinschuldners haben von den in

ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken

nur Anzeige zu machen.

Nothwendiger Verkauf.

Am 4. September 1876

sollen folgende Realitäten, deren einge-

tragener Eigentümer der Dr. phil.

Bethel Henry Strousberg zu

Berlin ist,

A. die im Kraustädter Kreise belegene

adlige Ritterguthsherrschaft **Vissa**,

welche als Gesamtmaß der der

Grundsteuer unterliegenden Flächen

2443 Hektaren 71 Aren 80 Quadrat-

Metern mit einem Grundsteuerrein-

ertrage von 8480,16 Thaler, außer-

dem an ertragslosen Eigenschaften

41 Hektaren 50 Aren 80 Quadrat-

Metern resp. 1 Hektar 3 Aren 20

Quadrat-Meter und an Hofräumen

10 Hektaren 84 Aren 50 Quadrat-

Metern enthält, zur Gebäudesteuer

mit einem jährlichen Nutzungswert

von zusammen 1464 Mark veran-

lagt ist;

B. die in und bei der Stadt **Vissa**

belegenen Grundstücke

a. **Vissa Nr. 188**, umfassend

23 Aren und zur Gebäudesteuer

mit einem jährlichen Nutzungswert

von 105 Mark veranlagt,

b. **Vissa Nr. 1070** zur Grund-

steuer mit Flächeninhalt von

13 Aren 30 Quadrat-Metern und

einem Reinertrage von

1,87 Thaler veranlagt;

c. **Vissa Nr. 1072** zur Grund-

steuer mit Flächeninhalt von

32 Aren 20 Quadrat-Metern und

einem Reinertrage von

1. *Prunella vulgaris* L.